

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

„Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischem Vorbild ausstreichen

Unser hochgelobtes Nachbarland im Westen, die Republik Frankreich, hat sich unter dem neuen Präsidenten Macron und auf Anweisung von dessen Premierminister auf nationaler Ebene dazu entschieden, allein die grammatikalisch und herkömmlich als „männlich“ benannte Form im staatlichen Schriftverkehr anzuwenden.

Insgesamt ist die Offensive des Gender Mainstreaming auf dem Rückzug. Sie ist vor allem in der sprachlichen Gestaltung, der Verhuzung der Nationalsprachen, allgemein den Menschen auf unserem Kontinent verhasst geworden.

Die konstruktivistischen Konzepte sind zudem auch von fachwissenschaftlicher Seite spätestens seit Ende des vorigen Jahrzehnts philosophisch widerlegt und haben als Ergebnis nur eine (beabsichtigte) Spaltung der Gesellschaften zur Folge gehabt.

Für einen heterosexuell empfindenen und liebenden deutschen Bürger stellt die Anwendung der gendergerechten Sprache schlicht eine Schande dar, insofern er der Verhuzung seiner Muttersprache ertragen muss und Anwendungen z. B. in wissenschaftlichen Arbeiten und in der Auseinandersetzung mit Verwaltungen erzwungen werden.

Für homosexuelle, transsexuelle und andere deutsche Bürger allerdings stellt die gendergerechte Sprache aber nicht nur eine Schande, sondern eine Schmach dar. Sie wollen durch so einen vollkommenen Unsinn nicht belästigt werden und wollen es vermieden sehen, mit dieser Art Sprachanwendung in Verbindung gebracht zu werden.

Bevor noch weitergehende Konsequenzen für Bürger dieses Landes bei Ablehnung der sie belästigenden Ausdrucksformen des Gender Mainstreaming in Betracht gezogen werden, ist daraus auszustei-gen.

Es sind die größten Verletzungen im Alltag zu bekämpfen, das heißt zuvörderst die brachiale geistige Vergewaltigung der Sprache. Hierbei sollten die Bundesländer voran gehen und die gendergerechte Sprache auf ihrer föderalen Ebene abschaffen. Unter Umständen können dadurch gewollte Ansätze der Toleranz noch gerettet werden, wenn zumindest der Sprachzwang abgeschafft wird.

Bremen kann hier mit der Befolgung dieses Antrages mit einem guten Beispiel vorangehen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat dazu auf,

auf allen Ebenen der Verwaltung, der Schulen und Hochschulen und sämtlicher Bereiche des staatlichen Lebens bzw. sämtlicher der staatlichen Einflussnahme unterstehenden Bereiche, im Schriftverkehr mit dem Bürger, in allen sozialen Medien und in der internen Kommunikation, die Sprachformen anzuwenden, die vor der Förderung der gendergerechten Sprache üblich waren. Das heißt konkret, nach dem Vorbild der Republik Frankreich, vor allem die Spielereien mit Geschlechtern und Zeichen zu beenden.

Ferner sollen die stattgehabten Diskriminierungen bei Nichtanwendung der gendergerechten Sprache, vor allem im wissenschaftlichen Bereich, gerügt werden.

Alexander Tassis

Einzelabgeordneter Alternative für Deutschland